EVP Info
Zeitschrift für Evangelische Volkspolitik
Thurgau
Nr. 22 / November 2010

Güggerüggü

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Was geht Ihnen durch den Kopf, wenn ich Ihnen „Heil dir Helvetia" zurufe?
Die „Helvetia" entstand im 18. Jahrhundert. Sie ist eine Allegorie, das heisst eine Versinnbildlichung, Personifizierung der komplexen Eidgenossenschaft in einer Frauenfigur. Frauenfiguren als Sinnbilder für Länder wurden damals in ganz Europa erfunden (z. B. Marianne für Frankreich). Sie eigneten sich, um die abstrakten Vorstellungen einer Nation, die eben erst noch eine Herrschaft war, auf den Punkt zu bringen. So wurde die „Helvetia" 1848 als Figur ins offizielle Bildprogramm des jungen Bundesstaates aufgenommen. Sie findet sich noch heute auf unseren Münzen.
Für mich persönlich passt sie wunderbar in die aktuelle Politlandschaft. Denn:

- Am 13. September fand meine Vereidigung zur ersten Berner EVP-Nationalrätin statt.
- Die EVP Schweiz ist nun mit zwei Frauen im Parlament vertreten.
- Ich wurde glückliche Grossmutter eines gesunden Mädchens.
- Ich nahm teil an der Wahl von zwei Mitgliedern des Bundesrates, der nun erstmals eine Frauenmehrheit aufweist.

Alle Leser bitte ich um Verständnis, dass dieses Editorial etwas frauenlastig ausgefallen ist. Aber die Helvetia ist ja eine Erfindung der Männer.

Marianne Streiff-Feller,
Nationalrätin EVP,
Oberwangen/Köniz

Höheflug mit Bodehaftig

Leitartikel

Die Schweiz – ein christliches Land?

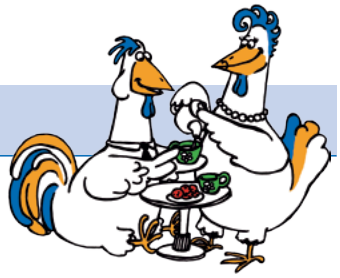
Kürzlich weilte ich im Norden Deutschlands, in einem Gebiet der ehemaligen DDR . Besichtigung eines Schlosses mit Bildergalerie. Der Museumsführer erklärte uns zu einem Gemälde mit wunderschöner Berglandschaft, jenseits des Baches hätte das Bild noch ein Wegkreuz gezeigt, leicht erhöht. Während der Zeit des Kommunismus liess die Regierung dieses Kreuz aus ideologischen Gründen entfernen. Beim genauen Betrachten könne man noch eine etwas hellere Stelle entdecken, die beim Retouchieren zurückblieb. Ja , so ein Kreuz hinterlässt halt seine Spuren…

Bild: Walter Aeschimann

Unser Land zeigt in seiner Flagge ein Kreuz, das vom christlichen Symbol abgeleitet ist. Leben wir also in einer christlichen Nation? Mit dieser Frage befasste sich die Bettagskonferenz der EVP Schweiz am 18. September in Aarau.
Wie im gesamten europäischen Kontinent gründen in unserem Land die Wurzeln der gesetzgeberischen, kulturellen und geistigen Entwicklung im Boden des Evangeliums. Seit der Aufklärung hat das kirchliche Leben in seiner vormals staatlich verankerten Bedeutung allmählich an Einfluss verloren. Die säkulare Schweiz ist auch im religiösen Bereich neutral. Im Zuge des Pluralismus kann zum heutigen Zeitpunkt die Schweiz als christlich geprägtes Land bezeichnet werden, in dem die Werte für das Zusammenleben in der Gesellschaft einerseits christlich, aber auch humanistisch ausgerichtet sind.
Immer noch gehört die Mehrheit unserer Bevölkerung einer christlichen Kirche an. Einen beachtlichen Teil öffentlicher Aufgaben nehmen kirchliche Einrichtungen resp. deren Mitarbeiter/innen wahr, vorab in der Jugendarbeit oder auch auf dem Gebiet der Palliative Care. Wie die Einbindung der Kirchen in unsere Gesellschaft nach wie vor ihre Berechtigung hat, ist es für christliche Politiker wichtig, sich einzubringen, um in der Gesetzgebung wie auch in alltäglichen Geschäften für christliche Werte wie Gerechtigkeit und Solidarität mit benachteiligten Menschen einzustehen.
Ein Land an und für sich ist nicht „christlich", aber es kann Voraussetzungen schaffen für das Wirken von Christen, die spürbar sind in der Gesellschaft. So gesehen ist christliche Politik immer zuerst ein Dienst am Nächsten.
Ich bin dankbar für unser Land, in dem wir Freiheit und Frieden kennen. Ich bin auch dankbar für die Mitglieder der EVP, welche mit ihrer politischen Arbeit die christlich geprägte Politik tragen und stärken.

susanna.brueschweiler@evp-thurgau.ch
Referate Bettagskonferenz: www.evppev.ch > Medienmitteilungen

Gegacker us em Hüehnerstall



Interview zur Abstimmung vom 28.11.2010 über die Ausschaffungsinitiative – Esther Koch befragte Rechtsanwalt Jürg Schlatter.

Ausweisungen müssen sinnvoll sein

Esther Koch, Präsidentin EVP Bischofszell, esther.koch@evp-thurgau.ch

Jürg Schlatter, Mitglied Parteileitung EVP TG, Kreuzlingen

Die EVP lehnt die Ausschaffungsinitiative ab. Was spricht dagegen, kriminelle Ausländer auszuweisen?

JS: Nichts. Die Weg- und Ausweisung krimineller Ausländer entspricht bereits heutigem Recht. Die Initiative hingegen will, dass stur ausgewiesen wird, wer eine bestimmte Straftat begangen, und bleiben kann, wer gewisse Straftaten nicht begangen hat. Eine sinnvolle Rechtsprechung muss aber den Einzelfall und die Verhältnismässigkeit der Massnahme berücksichtigen, wie das dem geltenden Recht und auch dem Gegenvorschlag entspricht.

Wenn aber im Einzelfall persönliche Bedürfnisse beachtet und Ausweisungen gerichtlich angefochten werden können, führt das zu einer Kuscheljustiz, wo keine konsequente Rechtssprechung mehr möglich ist.

JS: Keineswegs. Der indirekte Gegenvorschlag definiert gegenüber dem jetzigen Recht strenger, was eine schwere Straftat ist. Zudem soll die heute sehr unterschiedliche Praxis bei Ausweisung und Wegweisung von Straftätern vereinheitlicht werden. Weiter wird vor Erteilung der Niederlassungsbewilligung die Beherrschung einer Landessprache geprüft werden. Die schweizerischen Gerichte beachten, im Gegensatz zur Initiative, internationale Abkommen, insbesondere die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) und das Freizügigkeitsabkommen.

Auch jugendliche Straftätige sollen ausgeschafft werden. Wird die ganze Familie für ihre Mitglieder haften?

JS: Grundsätzlich betreffen Weg- und Ausweisungen allein die straffällige Person und nicht auch die Familie. Werden Jugendliche ausgewiesen, kann dies zu einer Verletzung des EMRK-Anspruchs auf Schutz der Familie und auf den Anspruch der vorrangigen Berücksichtigung des Kindeswohls führen. Entscheidend muss bei jedem einzelnen Fall sein, ob das öffentliche Interesse an der Ausweisung schwerer wiegt als der Schutz der Familie und das Kindesinteresse.

Der Gegenentwurf kennt keine minimale Einreisesperrfrist für ausgewiesene Ausländer. Kann ein solcher aber nach kurzer Zeit wieder ein Gesuch um Aufenthaltsbewilligung stellen, wird die Ausweisung zur Farce.

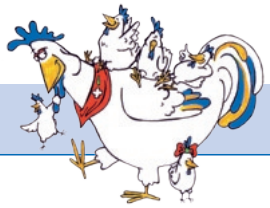
JS: Ob eine Fernhaltemassnahme angeordnet wird und wie lange, ist ebenfalls vom konkreten Fall abhängig. Sie muss danach beurteilt werden, ob sie die Öffentlichkeit schützt, dem Verhalten des Ausländers angemessen ist und sich als notwendig erweist. Zudem sind nach einer Wegweisung die Anforderungen an die Wiedererteilung einer Aufenthaltsbewilligung höher.

Integration sei primär eine Sache der Immigranten und nicht des Staates, verlangen die Befürworter der Initiative. Wieviel Staat braucht es für eine erfolgreiche Integration?

JS: Das geltende Ausländergesetz betont und verstärkt die Integrationsbemühungen und –verpflichtungen. Zur Integration gehören immer zwei: der Staat und der Einzelne. Integration ist notwendig, nicht zuletzt zur Eindämmung der Straffälligkeit von Ausländern. Auslagen für die Förderung der Integration zahlen sich für den Staat und für die Gesellschaft mit Sicherheit aus. Bietet die Schweiz eine frühzeitige Integration an, bei der Ausländer gefordert und gefördert werden, verringert sich die Ausländerkriminalität. Dazu gehört auch, Ghettoisierungen und Parallelgesellschaften zu verhindern.

Die Delegierten der EVP Schweiz lehnten die Ausschaffungsinitiative mit 75 zu 14 Stimmen ab und stimmten dem Gegenvorschlag mit 75 zu 12 Stimmen zu.

Bibeli vom Schwiizer Güggel



Die EVP Schweiz in Aktion

Für einen sauberen Finanzplatz

In ihrem Positionspapier fordert die EVP die Legalisierung der unversteuerten Vermögen auf dem Verhandlungsweg mit den EU-Staaten, strenge Eigenkapitalvorschriften für Banken und Versicherungen sowie eine Boni-Steuer auf allen Vergütungen über einer Million Franken.
Mehr dazu auf: www.evppev.ch > Politik > Positionen.

Kinder haben Recht auf Vater und Mutter

Eine Petition fordert das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare. Damit würde dem Kind vorsätzlich der Vater oder die Mutter vorenthalten. Das lässt sich für die EVP mit Blick auf die vielen adoptionswilligen Ehepaare durch nichts rechtfertigen. Das Wohl des Kindes hat Vorrang vor dem Wunsch der gleichgeschlechtlichen Paare.

Öffentliche Gesundheitskasse

Die Delegierten der EVP Schweiz haben mit 75 zu 17 Stimmen beschlossen, die Volksinitiative für eine öffentliche Gesundheitskasse zu unterstützen. Die Einheitskasse gilt für die Grundversicherung und macht die kostspieligen Kassenwechsel überflüssig. Die Prämien werden pro Kanton aufgrund der tatsächlichen Kosten festgelegt.

Seilziehen

Eidgenössische Abstimmung vom 28.11.2010 zur Steuergerechtigkeits-Initiative

Für mehr interkantonale Solidarität

Die Steuergerechtigkeits-Initiative der SP trägt den Titel „Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb". In den letzten Jahrzehnten hat ein

Steuersenkungswettlauf der Kantone und Gemeinden zur Entlastung der Reichen stattgefunden. Er führte zum unschönen Steuertourismus. Die EVP Thurgau hat sich bereits im Abstimmungskampf gegen die Flat Rate Tax mit Erfolg gegen den letztlich ruinösen Steuerwettlauf gewehrt. Er ist ungerecht, weil er Steuerentlastungen für den Mittelstand weitgehend verhindert. Die Initiative ist massvoll. Der Thurgau müsste bei deren Annahme die Einkommenssteuern nur leicht verändern, jedoch die Vermögenssteuern im oberen Segment anheben.

Die EVP erinnert daran, dass gemäss Bundesverfassung die Kantone einander gegenseitige Rücksichtnahme und Achtung schulden, um ihre Vielfalt in der Einheit zu leben. Dieser Grundsatz bewog die EVP-Delegierten dazu, der Steuergerechtigkeits-Initiative zuzustimmen (75 Ja, 12 Nein). (rs)

Protest

Das BAG erschreckt breite Bevölkerungskreise.

Nackte Tatsachen im Kindergarten

Wird der Sexualkundeunterricht der Zukunft flächendeckend im Kindergarten stattfinden? Entsprechende Empfehlungen aus dem Bundesamt für Gesundheit lassen aufhorchen. Diese stützen sich auf ein Grundlagenpapier der pädagogischen Hochschule Luzern. Hier entsteht ein Kompetenzzentrum für Sexualerziehung. Soll die frühe Versexualisierung der Kinder die Schule zu einer noch früheren Aufklärungsarbeit veranlassen? Gibt es eine wertfreie Sexualerziehung und wie sieht sie aus?

In ihrem Vortag vor den EVP Delegierten in Frauenfeld zum Thema „Aktuelles aus der Volksschule" beruhigte Monika Knill die Anwesenden: Die Kompetenz für solche Inhalte im Lehrplan 21 liege nicht beim BAG, sondern bei den kantonalen Erziehungsdirektoren. Diese würden entscheiden, welche Inhalte in den Lehrplan aufgenommen werden.

Die Entwicklungen in dieser Sache verfolgt auch die EVP Schweiz. In zwei überparteilichen Komitees will sie ihre Stimme vernehmen lassen und ihre Kompetenz und ihre Werte einbringen. Dies ist dringend nötig! Immer wieder werden Stimmen laut, die auf die Nöte der Zeit mit noch konkreterer und vertiefter Sexualerziehung antworten wollen. Kürzlich liessen sich die Jusos vernehmen mit der Empfehlung auf der Mittelstufe Pornos zu schauen, damit man lerne sich damit auseinanderzusetzen. Die EVP wird sich jedoch vehement für den Jugendschutz auf dem Gebiet der Sexualität und der Pornografie einsetzen. Es ist unverantwortlich Kinder und Jugendliche pornographischen Inhalten auszusetzen. Eine frühe Aufklärung in der Familie ist aber eine wichtige Aufgabe der Eltern und liegt in ihrer Verantwortung. Die wertfreie Sexualerziehung ist nämlich eine Utopie. Sie wird oft von Kreisen beschworen, die darunter eine schrankenlose Freiheit verstehen.

Engagiert und kompetent erläuterte Monika Knill weitere Themenfelder aus dem Bildungsbereich. Auf der Homepage www.evp-thurgau.ch > Themen finden sie das Manuskript des Referats. (dg)

Visionen

Thurgauer Allianz

„Nein-zu-neuen-AKW's"

Am 30.9.2010 ist in Diessenhofen die Thurgauer Allianz „Nein-zu-neuen-AKW's" gegründet worden. EVP, GP, GLP und SP machen mit. Die beiden geplanten neuen Kernkraftwerke sollen verhindert und ein Tiefenlager für radioaktive Abfälle erst nach beschlossenem Ausstieg aus der Atomenergie gebaut werden.

Vor 40 Jahren schien die Kernenergie ein Segen für die Menschheit zu sein. Erst spät realisierte man die damit verbundenen Gefahren wie radioaktive Abfälle, die unvorstellbar lange tödliche Strahlen abgeben können. Leider schützt uns die Kernenergie nicht vor dem Klimawandel. Dafür ist ihr weltweiter Energieanteil zu klein und kann gemäss Josef Jenni, dem Berner Solarpionier und EVP-Kantonsrat, auch kaum auf mehr als 10% gesteigert werden, da Uran nur begrenzt vorhanden ist.

Bisher war Atomstrom am billigsten. Zurzeit produzieren aber Windräder an der Nordsee den günstigsten Strom. In 10 Jahren wird Solarstrom im Mittelmeerraum konkurrenzfähig und in 20 Jahren kann das Geothermie in der Schweiz sein. Ein AKW produziert Bandenergie, weil es nicht nach Stromverbrauch an- und abgeschaltet werden kann. Ein Windrad dagegen kann innert Minuten abgestellt werden und ist in 2 Jahren gebaut. Uns droht eine Stromlücke, wenn Milliarden in neue AKW's investiert werden, aber das Geld für erneuerbare Energien fehlt. Die Kernenergie ist eine veraltete Technik. Ich bin dankbar für den sauberen und billigen Strom der letzen 30 Jahre. Lassen wir die bestehenden AKW's weiterlaufen, solange die Sicherheit das zulässt, aber danach ist die Kernenergie wortwörtlich in 500 m Tiefe zu begraben. (ja)

Statements junger Menschen

Christian Koch
ist 14 Jahre alt und wohnt in Bischofszell. Er antwortet sehr spontan auf die Frage, wo sich die Politik verbessern sollte:

„Das wünsche ich mir von Politikern: Klare Aussagen!"

Debora Dietrich
ist 24 Jahre alt und wohnt in Romanshorn:
„Ich würde mich nicht als politisch uninteressiert bezeichnen. Trotzdem habe ich wenig Ahnung, was politisch vorgeht. Von daher schliesse ich, dass die Politik nicht sehr bürgernah sein kann. Die Politiker leisten einen hohen (freiwilligen) Einsatz. Noch lange nicht alles wird dabei entschädigt. Das verdient Achtung und Respekt."

Ferienwohnung im Tessin
zu vermieten

in modern eingerichtetem Rustico oberhalb von Faido: Die imposanten Tessiner Berge machen die Ferien in jeder Jahreszeit zum Erlebnis.

Auskunft:
Regula Streckeisen
Telefon 079 415 93 10
regula.streckeisen@evp-thurgau.ch

EVP Info Thurgau

Adressberichtigung bitte melden

AZB
9220 Bischofszell

Feedback:

Die EVP interessiert mich
☐ Senden Sie mir Unterlagen.
☐ Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.

Das EVP-Info interessiert mich nicht
☐ Streichen Sie meine Adresse:
Name _____
Vorname _____
Adresse _____
PLZ Ort _____
Tel. _____
Mail _____

Folgende Person interessiert sich für das EVP-Info
☐ Senden Sie ihr das EVP-Info zu:
Name _____
Vorname _____
Adresse _____
PLZ Ort _____

Bitte kreuzen Sie Ihren Wunsch an und schicken Sie den Talon an die Redaktionsadresse im Impressum.

Parolen der EVP CH für den 28.11.2010

Ausschaffungsinitiative:	**NEIN**
Gegenvorschlag:	**JA**
Steuergerechtigkeitsinitiative:	**JA**

Parolen EVP TG: siehe www.evp-thurgau.ch

Herzliche Einladung zum Neujahrsapéro der EVP Thurgau am Freitag 7. Januar 2011

Im Bezirksvorstand der EVP Münchwilen rauchen bereits seit Ende September die Köpfe. Diesmal dürfen wir bei ihnen zu Gast sein. Weitere Infos auf: www.evp-thurgau.ch. Alle sind herzlich willkommen, auch Nichtmitglieder.

Termine 2010/2011

- 12.11. 19.00 Fondueplausch und Gründungsversammlung der neuen Bezirkspartei Weinfelden, Hermannstr. 10, Weinfelden
- 19.11. 19:30 Stamm EVP Arbon, Restaurant Bellevue, Parolenfassung zur Abstimmung NLK
- 20.11. DV EVP CH in Murten FR
- 7.1. Neujahrsapéro der EVP TG (s. oben)
- 11.1. 19.30 Parteiversammlung EVP TG
- 14.1. 19.30 Nominationsversammlung EVP Stadt Arbon
- 21.1. 19:30 Themenstamm der EVP Bezirk Arbon im Rest. La Vita, Amriswil, Gemeinderat Dean Kradolfer spricht über Jugendpolitik in Amriswil.
- 22.1. Fokustag der EVP CH
- 28.1. 19.30 Stamm EVP Arbon, Restaurant Bellevue

Impressum

Herausgeber
EVP Kanton Thurgau, www.evp-thurgau.ch

Redaktionsadresse / Inserate
Regula Streckeisen, Amriswilerstr. 20, 8590 Romanshorn, redaktion@evp-thurgau.ch

Redaktionsteam
Jörg Altorfer (ja), Susanna Brüschweiler (sb), Doris Günther (dg), Thomas Schäfli (ts), Regula Streckeisen (rs)

Abonnement 15 Franken pro Jahr

Adressänderungen
EVP Schweiz, Postfach 294, 3000 Bern 7, 031 351 71 71, werner.rieder@evppev.ch

Auflage 2'800 Exemplare
Geht an die Mitglieder und Gönnermitglieder der EVP Thurgau.

Erscheinungsweise vierteljährlich

Druck Jordi Medienhaus, 3123 Belp